



märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Oktober 2020 – www.dielinke-opr.de



Kyritz. Im Kulturhaus ereignete sich am Abend des 06. Oktobers ein echter Paukenschlag. Die außerordentlich einberufende Sitzung des Kreistages befand über die Pläne von Landrat Ralf Reinhardt (SPD), die Unternehmensstruktur der kreiseigenen PRO Klinik Holding GmbH – zu welcher ebenso die Ruppiner Kliniken gehören – zu ändern. Die Pläne des Sozialdemokraten sahen vor, die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerschaft einzuschränken, indem der paritätisch-besetzte Aufsichtsrat abgeschafft werden

sollte. Reinhardts Vorlage fand bei der Mehrheit der Abgeordneten keine Zustimmung. Die MAZ berichtete, dass 20 Kreistagsmitglieder dafür, und 20 dagegen stimmten, womit diese abgelehnt wurde. Wesentlich dazu beigetragen hatte DIE LINKE, deren siebenköpfige Fraktion bereits im Vorfeld erklärte, geschlossen dagegen zu stimmen. Sie solidarisierte sich vor Sitzungsbeginn ebenso mit den 50 Klinik-Beschäftigten, die vor dem Eingang des Kulturhauses für ihre Mitbestimmung protestierten. **Mehr dazu auf Seite 4.**

Mit neuem Gesicht und erhobenen Hauptes ins Wahljahr 2021

Sie gibt sich kämpferisch und gut informiert. Die Rede ist von der frisch gewählten Direktkandidatin: Die 40-jährige Anja Mayer wurde Anfang Oktober in Kyritz mit 59 von 70 Stimmen als Bundestagskandidatin der Partei DIE LINKE gewählt. In ihrer Bewerbungsrede machte sie ihre thematischen Schwerpunkte unmissverständlich:

»Ich will mich dafür einsetzen, dass der RE 6 von Wittenberge über Wittstock und Neuruppin nach Berlin zukünftig im Halbstundentakt verkehrt, dass die Eisenbahnstrecke von Neustadt über Neuruppin nach Herzberg reaktiviert werden [...]

Der Strukturwandel findet nicht nur in der Lausitz statt. Im Nordwesten Brandenburgs vielen unzählige Industriearbeitsplätze der verfehlten Treuhandpolitik zum Opfer. Dreißig Jahre später erleben wir, wie sich diese Region wieder in einem deutlichen Wandlungsprozess befindet. Diesen Prozess müssen wir sozial-gerecht steuern.«

Anja Mayer ist Mutter und gelernte Arzthelferin. Die Gesundheitspolitik ist Mayers



Kernthema. Sie erfuhr die Schwachstellen des kapitalistischen Gesundheitssystem am eigenen beruflichen Werdegang.

Anja Mayer (40) ist für den Bundestagswahlkreis 56 als Direktkandidatin der Partei DIE LINKE gewählt worden

Voller Strahlen nahm die frischgewählte Direktkandidatin den üppigen Blumenstrauß – 56 Rosen, in Anlehnung auf die Nummer ihres jetzigen Wahlkreises – entgegen. Sie tritt damit die Nachfolge der langjährigen Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann an, welche ankündigte nicht erneut zu kandidieren. Im Anschluss der Aufstellungsversammlung tagte noch die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin. Die Schatzmeisterin gab einen ausführlichen Einblick in die Finanzen, welcher anschließend umfassend diskutiert worden ist. Außerdem wurden sechs Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenversammlung gewählt, die am 05. Dezember die Landesliste der Brandenburgischen LINKEN mitbestimmen. Den Kreisverband werden Kerstin Brendler, Ines Nowack, Jenny Salzwedel, Ronny Kretschmer, Justin König und Paul Schudlach repräsentieren. Allesamt gaben in ihren Reden an, dafür sorgen zu wollen, dass Anja Mayer auch eine gute Platzierung auf der Landesliste erhält. **Justin König**

2

Meinungen

30 Jahre deutsche Einheit

Dagmar Enkelmann (Rosa-Luxemburg-Stiftung) im Interview.

5

Afrikanische Schweinepest

Eine Übersicht zur aktuellen Lage

Die Agrarpolitikerin Dr. Kirsten Tackmann informiert zum Thema.

8

Termine

Buntes Kinder- und Familienfest

DIE LINKE gab sich in Neuruppin volksnah, engagiert und einsichtig.

Kommentar

Links blinken, in der Mitte verharren

Das ist wieder typisch SPD. Olaf Scholz, der bei der Mitgliederwahl als Parteivorsitzender wegen seines Konservatismus gescheitert war, wurde nun zum Kanzlerkandidaten seiner Partei gekürt. Wohlmöglich weil er der machtbesessenste Politiker der SPD ist. Dass mit Scholz die Ankündigung der SPD-Vorsitzenden für ein rot-rot-grünes Bündnis nicht aufgehen wird, war absehbar. Scholz war und ist ein bekennender Mann der Agenda 2010. Wenn man sich einige politischen Ansichten von Scholz ansieht, muss man unweigerlich fragen, ob er nicht das »S« in seinem Parteinamen zumindest ab und zu vergisst. Da selbst führende SPD-Politiker ihn richtig einschätzen, vermutet u. a. Kevin Kühnert, dass es nach der Bundestagswahl 2021 mit Scholz an der SPD-Spitze zu einer Neuauflage der GroKo kommen kann. Auch soll Scholz mit einem SPD, Grünen und FDP-Bündnis liebäugeln. Im SPIEGEL forderte er Respekt für seine Kandidatur, wahrscheinlich rückblickend darauf, wie er und seine SPD bisher mit ihren Kanzlerkandidaten umgegangen sind. Dabei vergisst er offensichtlich, dass Respekt keine Einbahnstraße ist. Nun will er in Potsdam als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl antreten, obwohl schon andere SPD-Mitglieder ihre Kandidatur angekündigt hatten. Die Jusos in Potsdam haben bereits angekündigt, keinen Wahlkampf für ihn zu machen. Sicher erscheint aber, dass die Kandidatur von Scholz von der Brandenburger SPD-Parteiführung, speziell von Woidke, an der Basis durchgedrückt werden soll. Aber im Wahlkreis gibt es auch SPD-Stimmen, die hoffen, eine Kandidatur von Scholz verhindern zu können. Fest steht, dass DIE LINKE prüfen muss, ob Olaf Scholz gerechtigkeitsfähig ist.

30 Jahre deutsche Einheit: »Wir müssen über gesellschaftliche Alternativen nachdenken«

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) sprach mit Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Stiftung, über gesellschaftliche Herausforderungen des Einigungsprozesses.



RLS: Jährlich legt der Ostbeauftragte der Bundesregierung den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit vor. Für die Bundesregierung ist die deutsche Einheit eine Erfolgsgeschichte. Wie ist deine Einschätzung?

Dagmar Enkelmann: Der Bericht soll Erfolge, Probleme und Tendenzen aufzeigen. Die Zahlen zeigen: eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus. Dokumentiert wird ein stabiles West-Ost-Gefälle. Beispielsweise habe die Wirtschaftskraft der neuen Länder 2019 bei 79,1 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts gelegen und das verfügbare Haushaltseinkommen in Ostdeutschland jetzt 88,3 Prozent erreicht. Nach wie vor verdienen Beschäftigte in den neuen Bundesländern bei gleicher Qualifikation deutlich weniger als Arbeitnehmer*innen im Westen. Der Lohnabstand beträgt laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bei Beschäftigten gleichen Geschlechts, im gleichen Beruf und mit vergleichbarer Berufserfahrung knapp 17 Prozent. Aber, es geht nicht nur um Ungleichheiten bei Themen wie Infrastruktur und aktuelle Lebenschancen, sondern auch um unterschiedliche Wertorientierungen, Lebenshaltungen und Lebensentwürfe. Ich vermisste eine ehrliche Aufarbeitung der Fehler der Einheit und Konzepte für die weitere Entwicklung.

RLS: Der Ostbeauftragte beklagt »große Demokratiedefizite« bei Ostdeutschen und begründet dies mit »Diktatur-sozialisiert« ...

Dagmar Enkelmann: Seit 30 Jahren höre ich, dass die DDR an den Problemen im Osten Schuld sei. Vielleicht ist es an der Zeit, dass die Bundesregierung mal über eigene Fehler nachdenkt. Ich möchte an die ersten Erfahrungen und Enttäuschungen der Ostdeutschen Anfang der 90er Jahre mit der westdeutschen Demokratie erinnern: die Entwertung ostdeutscher Biografien, die Massenarbeitslosigkeit, die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Führungsämter durch westdeutsche Eliten. Im Mai vergangenen Jahres schrieb Wolfgang Engler für unsere Stiftung einen Text zum Thema »Die Ostdeutschen

und die Demokratie«. Ich zitiere: »Die notorische Ausblendung der Nachwendegeschichte bei der Ergründung der Ursachen für die (Rechtslastigkeit) der Ostdeutschen ist interessengeleitet, ist ordinäre Ideologie.« Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

RLS: 30 Jahre deutsche Einheit und Transformationserfahrungen – ein Thema nur in Ostdeutschland?

Dagmar Enkelmann: Am Anfang hatten wir das befürchtet. Aber, das ist nicht so. Mit unserer Wanderausstellung zum Thema »Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale« machen wir Lebensläufe sichtbar und geben Raum für das Erzählen der eigenen Geschichte. Damit haben wir den Nerv vieler Ostdeutschen getroffen. Eröffnet wurde die Ausstellung im August 2019 in Erfurt. Seitdem tourt sie deutschlandweit. Das Interesse in den ostdeutschen Ländern ist beträchtlich. Zu den 19 Orten, an denen die Ausstellung bisher zu sehen war, gehören aber auch Heidelberg, Braunschweig, Fürstenfeldbruck und Erlangen. Viele Besucher nutzen unser Gästebuch für persönliche Kommentare, darunter: »Zwei Wessis waren überrascht – das wussten wir so nicht. TRAURIG, sehr informativ.« Das hat mich sehr nachdenklich gemacht. Offenbar ist dieser Teil der Geschichte in der gesellschaftlichen Debatte bislang zu kurz gekommenen.

RLS: Was macht denn die Brisanz bei der Geschichte der Treuhandanstalt aus?

Dagmar Enkelmann: Die Folgen der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt haben ganze Generationen von DDR-Bürger*innen getroffen. Unverschuldet verloren sie ihren Arbeitsplatz und damit ihre komplette Existenzgrundlage. Zugleich wurden ihre bisherigen Lebensläufe diskreditiert. Lange wurde über diese Zeit und die damit verbundenen Brüche in der Biografie geschwiegen. Das Gefühl, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein, hielt viele davon ab, zu reden. Deshalb ist eines der Hauptanliegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Räume zu schaffen für offene Diskussionen. Für jüngere und künftige Generationen ist es wichtig, dass Betroffene ihre Treuhandgeschichte aus ostdeutscher Perspektive erzählen. Wir wollen den individuellen Blick zurück der Eltern- und Großelterngeneration verbinden mit einer Debatte über die politische Aufarbeitung der Treuhandpolitik. Die Folgen sehen wir in Ostdeutschland noch heute: ein kleinteiliges Wirtschaftssystem, fehlende Technologiebasis für nachhaltige Entwicklung, Altersarmut ... Es stellt sich die dringliche Aufgabe, den Weg der Deutschen Einheit neu zu reflektieren und den Blick nach vorn zu richten. Das Versprechen der gleichberechtigten sozialen und demokratischen Teilhabe ist auch 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik noch nicht erfüllt. Wir müssen über gesellschaftliche Alternativen nachdenken.

Zum dreißigsten Jahrestag. Ein Jubiläum?

Mit dem Fall der Mauer begann vor über drei Jahrzehnten ein Prozess, der die Einheit von Ost- und Westdeutschland anstrebt. Doch wir müssen auch im dreißigsten Jahr dieses Prozesses feststellen, dass es zwischen Ost und West noch zahlreiche Unterschiede gibt. Besonders offensichtlich ist das in der Arbeitswelt. Die Löhne sind im Osten niedriger, die Erwerbslosigkeit höher. Auch ist die Armutsquote höher und die Vermögensunterschiede sind weiterhin groß. Die überwundene innerdeutsche Grenze bildet sich auf den sozialen Karten immer noch als Riss ab.

Es ist beschämend für alle bisherigen Bundesregierungen, dass bis heute keine wirkliche Lösung für die vielen Gruppen gefunden wurde, die bei der Rentenüberleitung vergessen bzw. benachteiligt wurden. Beispielhaft für die vielen Gruppen seien hier die in der DDR Geschiedenen oder die Bergleute in der Braunkohleveredlung genannt.

Dieses Feld der ökonomischen Ungleichheit ist eine politische Aufgabe. Den vergangenen Regierungen hat der Wille gefehlt, diese Ungleichheit anzugehen. Im Geiste der 1990er Jahre wurde für den Osten auf Niedriglohnsektor und schöne Marktplätze gesetzt, anstatt auf gemeinsames Lernen voneinander. Bis heute fehlt es an Anerkennung für die Lebensleistungen der Menschen im Osten.

Kenia präsentiert Pläne für Schulden-Haushalt

Die Landesregierung präsentierte ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2021. Es ist ein Rekordtat. 15 Milliarden Euro sollen ausgegeben werden. Finanziert mit weiteren 1,9 Milliarden Neuverschuldung! Schon der Zukunftsinvestitionsfonds wird mit einer Milliarden Schulden finanziert, und weitere zwei Milliarden Kreditermächtigung wurden mit dem Nachtragshaushalt 2020 beschlossen.

In nicht einmal zwölf Monaten wächst also der Schuldenstand um knapp fünf Milliarden auf mehr als 22 Milliarden Euro.

Eine Woche nach der Präsentation wurde die Steuerschätzung vorgestellt. Ergebnis: In 2021 fehlen weitere 490 Mio. Euro bei den Einnahmen des Landes. Die Kenia-Koalition will nun beraten, wie mit dem prognostizierten Loch umzugehen ist. Ohne als Prophet gelten zu wollen, ist davon auszugehen, dass die Neuverschuldung 2021 auf 2,5 Milliarden Euro steigen soll. Begründet wird die geplante Rekordverschuldung mit der außergewöhnlichen Notlage im Zuge der Corona-Pandemie. Das ist unbestritten. Warum jedoch 650 Millionen in ein Sondervermögen für die Haushaltsjahre 2022-24 überführt werden sollen und damit die Notlage gleich für die Folgejahre festgestellt werden soll, darüber besteht Dissens. DIE LINKE hat nach Bekanntwerden dieser Pläne den parlamentarischen Beratungsdienst eingeschaltet, um zu erfahren, ob dies verfassungsrechtlich geht. Der Landesrechnungshof stützt den Zweifel mit einer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf.

Viele wünschen sich zurecht mehr Respekt für die Leistungen derjenigen im Osten, die sich in der Nachwendezeit beruflich komplett neu orientieren mussten.

Zum gemeinsam voneinander Lernen gehören auch, positive Aspekte aus dem Osten bundesweit aufzugreifen. Beispielsweise die Selbstverständlichkeit, dass Frauen nicht mehr zwischen Kindern und Karriere wählen müssen. So liegen in den neuen Bundesländern die durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeiten zwischen den Geschlechtern schon nahe beieinander. In dieser Hinsicht ist der Osten Vorreiter.

Trotz alledem ist der 03. Oktober auch ein Tag, an dem es viel zu feiern gibt. Auf der persönlichen Ebene haben Familien wieder zusammengefunden oder sich neue gefunden. Auf der gesellschaftlichen Ebene sehen wir, wie Beschäftigte in Ost und West heute gemeinsam dafür kämpfen, dass sich ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

Die Deutsche Einheit bleibt ein Prozess, in den wir noch viel Arbeit stecken müssen, doch es ist auch einer, von dem wir heute schon profitieren.

*Katja Kipping und Bernd Riexinger
Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

Inhaltliche Kritik am Haushaltsentwurf machte die Linksfraktion in der ersten Beratung im Parlament deutlich. Investitionen sind richtig, doch sie sollten zielgerichtet erfolgen.

Eine Strategie ist beim Entwurf des Haushalts nicht erkennbar

Unverständnis besteht, warum die Krankenhausinvestitionen nicht deutlich erhöht werden. 180 Millionen werden jährlich benötigt, doch Kenia will die bisherigen 110 Millionen fortschreiben und weitere Mittel aus Bundesprogrammen nutzen. Infrastrukturmaßnahmen in den Nah- und Fernverkehr werden nicht beschleunigt. Viele Investitionsmittel werden in der Lausitz und für die Tesla-Ansiedlung in Grünheide konzentriert. Obwohl gerade für erstere Region zehn Milliarden vom Bund für den Strukturwandel zur Verfügung stehen. Brandenburg besteht aber nicht nur aus der Lausitz und Grünheide. Der Strukturwandel findet auch im Nordwesten Brandenburgs statt. Auch hier sind Investitionsbedarfe deutlich erkennbar.

Auf deutlichen Widerstand stoßen bei den LINKEN die geplanten Einsparungen bei der Ehrenamtsförderung und der Armutsbekämpfung. Dies ist weder sozial noch der Tatsache angemessen, dass durch Corona das Armutsrisiko deutlich gestiegen ist und viele Menschen sinkende Einkommen verzeichnen müssen.

Ronny Kretschmer, Mitglied des Landtages

Kurzmeldungen

Linksaktiv vor Ort!

Die Bundespartei ist derzeit dabei, die Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2021 zu erarbeiten. DIE LINKE soll größer, besser und durchsetzungsfähiger werden. Sie möchte bereits jetzt möglichst viele Menschen direkt erreichen und ansprechen. Ziel ist, zu erfahren, was die Bürger von der Linkspartei konkret oder der Bundestagswahl im Allgemeinen erwarten.

Der Kreisverband OPR unterstützt dabei aktiv die Bundesgeschäftsstelle, Haustürgespräche als eine wirksame Methode zu erproben und durchzuführen. Am 01. September waren die Genossen nach kurzer Einweisung durch Robert Maruschke für knapp zwei Stunden im Neuruppiner Wohnkomplex I in fünf Teams zu je zwei Leuten unterwegs. Mit dabei Anja Mayer und Ronny Kretschmer. Die anfängliche Skepsis und eine gewisse Unsicherheit, was einen da erwartet, waren nach den ersten Gesprächen schnell verflogen. Die Teams trafen junge Leute, Rentner, ausländische Mitbürger. Nicht überall, aber überwiegend, gelang es schnell, zu konkreten Themen zu kommen, die die Menschen bewegen. Kommunal- und Bundespolitik, persönliche Sorgen und Nöte, aber auch Zufriedenheit, z.B. über eine Arbeitsstelle, die man gerade antreten wollte, oder die wieder fast normale Kinderbetreuung. Natürlich gelang es auch, eigene Sachen an die Frau, den Mann zu bringen, z.B. Einladungen zu dem Kinder- und Familienfest.

Insgesamt war DIE LINKE an 180 Türen, hat 57 Gespräche geführt, davon 32 mit positiver Resonanz. Mein persönliches Fazit: Der Aufwand ist nicht unerheblich, aber so erreicht man wirklich Leute. Ein Format, das wir versuchen sollten auszubauen und zu verstetigen, nicht nur kurz vor Wahlen.

Die Bundesgeschäftsstelle hat eine Datenbank für Haustürgespräche und organisierende Arbeit eingerichtet. Ich habe mich schon mal eintragen lassen, um tatsächlich dran zu bleiben.

Hans Schaefer

Neues aus den Kommunen

Wittstock. Mit großem Bedenken wegen des regnerischen Wetters trafen sich die Mitglieder des Bündnisses »Wittstock bekennt Farbe« und ihre Helfer am 5. September gegen Mittag auf dem Wittstocker Amtshof, um die letzten Vorbereitungen zum Start des Festes der Vielfalt zu treffen. Dieses Fest sollte nach langer Corona-Pause alle Generationen und die unterschiedlichsten Kulturen zusammenbringen. Auch unsere Partei wurde angesprochen, dieses Fest mit einem Kuchenbasar (genügend Erfahrungen hatten wir bereits durch die vielen Sommerfeste auf diesem Gebiet) zu unterstützen. Das war für uns eine Selbstverständlichkeit.

Als um 14 Uhr das Fest eröffnet wurde, zerstreuten sich die anfänglichen Bedenken, denn der Himmel lockerte sich mehr und mehr auf. Nach und nach kamen immer mehr Leute – Groß und Klein, Jung und Alt, darunter auch Flüchtlinge aus Wittstock und Umgebung – auf den Festplatz, um bei Musik, Tanz und Spiel sowie Kaffee und Kuchen, köstlichem Grillfleisch und vegetarischen Spezialitäten gemeinsam einen schönen Nachmittag zu verbringen.

Circa 200 Gäste, neben Organisatoren und Mitgestaltern, trugen dazu bei, dass das Fest zu einem vollen Erfolg wurde. Schirmherr dieser Veranstaltung war unser Bürgermeister, und nur mit Fördermitteln der Stadt und des Kreises (Integrationspauschale) war deren Ausrichtung möglich. Dafür ein großes Dankeschön! Dank gilt auch unseren treuen Genoss*innen und den Frauen des Wittstocker Frauentreffs, die uns unwahrscheinlich leckeren Kuchen für den Basar zur Verfügung stellten. Den Erlös in Form von 204 Euro spendete DIE LINKE dem Bündnis.

Angelika Noack, Fraktionsvorsitzende

Neuruppin. Die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann bot im Rahmen ihrer Sommertour wieder Sprechstunden in Ortschaften an. Begleitet wurde sie dabei von dem Landtagsabgeordneten Ronny Kretschmer. Die erste Station fand in Radensleben statt und war mit über 25 Teilnehmern sehr gut besucht. So wurden bei einer Bratwurst und ein paar kalten Getränken, gleich ein paar neue Ideen für Anträge entwickelt, mit denen die Linksfraktion Neuruppin in Zukunft dafür sorgen möchte, dass die Dörfer nicht immer wieder hinten runterfallen, wenn es zum Beispiel um notwendige Renovierungen geht.

Die zweite Sprechstunde fand in Gnewikow statt. Auch hier nutzen circa 15 Ortsansässige das Angebot, um über aktuelle Probleme auf der Bundes-, Landes- und Ortsteilebene zu sprechen. Kirsten Tackmann dazu: „Die Annahme beweist, die Menschen haben etwas zu sagen. Sie sind nicht politikverdrossen. Wir müssen ihnen einfach zeigen, dass wir bereit sind, zuzuhören.“



Mehr zur Sondersitzung des Kreistages

Das war für alle Beteiligten ein langer und emotionaler Abend. Erst nach Mitternacht konnten die Kommunalpolitiker den Sitzungsort verlassen. Zumindest die Linksfraktion konnte aufatmen. Ihre Position fand Gehör! Linksfraktionschef Ronny Kretschmer stellte im Nachklang klar, dass er hoffe, dass Ralf Reinhardt und seine Partei die Signale endlich verstanden haben, sodass nun Ruhe im Unternehmen einziehen könne.

Status quo bleibt vorerst erhalten

Bereits die Fraktionssitzung der Linksfraktion sorgte für Wirbel. Sie zog so weite Kreise, dass sogar Britta Avantario (SPD), die Referentin des Landrates, ihren Feierabend opferte, um dieser beizuwohnen. Ausschließlich aus privatem Interesse wie sie verlautbaren ließ. DIE LINKE war sehr dankbar für den ehrlichen Austausch, der dank Marco Liebsch, Aufsichtsratsvorsitzender der PRO Klinik Holding GmbH, und Christian Scherkenbach, Mitglied des Aufsichtsrates, möglich war. Das Unternehmen käme allmählich ins ruhigere Fahrwasser, hieß es von beiden Aufsichtsräten. Rita Büchner, für DIE LINKE in der Gesellschaftsversammlung der Holding, merkte kritisch an, dass Landrat Reinhardt seit Dezember 2019 nicht mehr zur Gesellschafterversammlung geladen hätte, sodass dieses Beratungsgremium in keins-

ter Weise an den Umstrukturierungsplänen beteiligt war. Das allein ist in einer Demokratie ein Skandal. Ebenso wie die Fragen von Trans- und Intransparenz. DIE LINKE stimmte einem Antrag der BVB/Freie Wähler zu, der vorsah, die Debatte zur Holding – immerhin eine Debatte, die für 2000 Beschäftigte unmittelbare Konsequenzen hat – öffentlich zu diskutieren. Das fand im Kreistag jedoch keine Mehrheit.

Kämmerer stellte Haushalt vor

Rund 300 Millionen Euro sind im Ergebnishaushalt an Ein- und Ausgaben geplant. Eine stattliche Summe für unseren dünnbesiedelten Landkreis. Dennoch: Viele Investitionen werden gar nicht erst getätigt oder auf die lange Bank geschoben. Das ist für DIE LINKE alles andere, als ein zufriedenstellender Umstand. Wir merken außerdem an, dass die Verwaltung, die Wirtschaftspläne der kommunalen Unternehmen nicht im Haushaltsentwurf beigefügt sind, so wie es die kommunale Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg vorsieht. Nun liegt der Entwurf auf dem Tisch. Die Abgeordneten der Linksfraktion werden in den kommenden Wochen einiges für das Ehrenamt tun müssen, schließlich haben sie 500 Seiten durcharbeiten. 500 Seiten, die genau zu prüfen sind!

Justin König, Kreistagsabgeordneter

Aktionsbündnis im Kleeblatt gegründet

Das Aktionsbündnis „Buntes Kleeblatt“ ist ein Zusammenschluss ehrenamtlich engagierter Menschen aus der Kleeblattregion, Kyritz, Neustadt, Wusterhausen und Guntow. Seit September 2020 setzt sich das Bündnis religions- und parteiübergreifend für die Stärkung der Demokratie ein und setzt dabei auf Dialog. Neben dem Ziel der Vernetzung und Information zu den Themen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt lädt die Gruppe

zu Veranstaltungen ein, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Die Auftaktveranstaltung war am 09. September. Es fand ein Filmabend im Mehrgenerationenhaus in Kyritz statt. Gezeigt wurde der künstlerische Dokumentarfilm „Dialoge“ der Regisseurin Carmen Blazejewski. Im Film bringt sie zwei unterschiedliche Parteien in einen filmischen Dialog: Zum einen das Künstler-Ehepaar Lohmeyer sowie zum anderen Michael E., dem eine politische rech-

Der Kampf gegen die Afrikanische Schweinegrippe geht uns alle an!

Seit Jahren läuft ein schwerer Seuchenzug durch weite Teile Europas, den man noch vor 10 Jahren kaum für möglich gehalten hat. Die Rede ist von der Afrikanischen Schweinepest (ASP). Sie verläuft noch verheerender als die Europäische Schweinepest (ESP), die viele noch vom Ausbruch Mitte der 1990er Jahre in Brandenburg mit schweren volkswirtschaftlichen Schäden in Erinnerung haben. Die aus Afrika stammende Tierseuche verläuft dort weitgehend harmlos, weil angepasst an die einheimische Warzenschweinpopulation. Sie wird verursacht durch ein anderes Virus und verläuft bei europäischen Schweinen, egal ob Wild- oder Hausschwein, fast immer tödlich. Der Mensch kann sich nicht infizieren, also auch nicht erkranken.

Lange ging man in der Wissenschaft davon aus, dass ein Ausbruch der ASP in Europa nur eine lokale, zeitlich begrenzte Episode bleiben würde. Der Ausbruch in Osteuropa vor einigen Jahren hat uns eines Besseren – oder besser Schlechteren – belehrt, denn seitdem dringt diese gefährliche Tierseuche immer weiter Richtung Mittel- und Westeuropa vor. Möglicherweise auch aufgrund historisch hoher Schwarzwildbestände wird selbst bei der kurzen Überlebenszeit infizierter Schwarzkittel und den territorial lebenden Schwarzwildrotten ein Kontakt zum nächsten empfänglichen Tier gesichert. Andersherum steigen bei niedrigen Schwarzwildichten deutlich unter 1 Tier pro km² die Chance zur Ausrottung des Virus deutlich, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN antwortete. Ein sofortiges, sehr rigoroses Handeln am Ort der Einschleppung ist zwingend nötig. Das lehren die Erfahrungen Tschechiens, das nach zwei Jahren wieder ASP-frei ist.

Die Einschleppung des Virus nach Deutschland schien seit Jahren sicher, wenn auch offen war, wie und wann. Aufgrund des Erfahrungsvorsprungs in Osteuropa gab es eine sehr lange Vorlaufzeit während der Infektionsnachweise bei Wild- und Hausschweinen in Polen der Grenze

zu unserem Land immer näher kamen. Tierseuchenübungen wurden organisiert, Verordnungen erlassen, Informationen verteilt. Lange galt eine so genannte Sprunginfektion über lange Distanzen als das höchste Risiko, also die Einschleppung mittels unachtsam entsorgte Wurst- oder Fleischwaren durch Menschen. Deshalb konzentrierte man sich zunächst z. B. auf Informationen an Raststätten und wildschweinsichere Mülltonnen. Eine solche Sprunginfektion passiert dann tatsächlich vor einigen Monaten in Belgien. Als die Distanz der Infektionsnachweise in Polen zur deutschen Grenze immer weiter schmolz, wurden Zäune diesseits der Oder gebaut. Die ASP schien aber für Wochen und Monate bei 10 km eingefroren.

Am 10. September wurde dann erstmalig bei einem tot aufgefundenen Schwarzkittel im Landkreis Spree-Neiße ASP in Deutschland nachgewiesen. Die Einschleppung scheint aber bereits spätestens Anfang Juli erfolgt zu sein. Es bleibt Spekulation, ob dies über einwechselndes Schwarzwild erfolgte. Seitdem werden immer mehr infizierte, oft tote Wildschweine gefunden, bisher auf drei südöstlichen Landkreise beschränkt. Zum Glück sind (noch?) keine Hausschweinebestände direkt betroffen. Aber indirekt gab es sofort schwerwiegende Auswirkungen, vor allem durch internationale Handels- und lokale Flächennutzungsbeschränkungen. Kompliziert wird die Krise zusätzlich durch die ohnehin bestehenden Folgen der Corona-Pandemie. Schon jetzt ist erkennbar, dass der Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und eine auf Export orientierte Schweinehaltung, die volkswirtschaftlichen Risiken massiv erhöht. Nun muss es vor allem darum gehen, eine weitere Ausbreitung der ASP mit allen geeigneten Mitteln zu verhindern und gleichzeitig die Weichen für eine nachhaltige Tierhaltung und einen starken öffentlichen Dienst zu stellen.

Kirsten Tackmann
Mitglied des Bundestages

Ziel: Stärkung der Demokratie

te Gesinnung nachgesagt wird. Ort der Handlung ist das mecklenburgische Dorf Jamel. Der Film und sein Schnitt konstruierten einen Dialog zwischen den beiden Parteien, der anschließend zu kontroversen Diskussionen einlud.

Das Aktionsbündnis „Buntes Kleeblatt“ plant für die Zukunft weitere Veranstaltungen und Aktionen. Engagierte und interessierte Menschen sind herzlich eingeladen das Bündnis mit ihren Ideen

und ihrer Tatkraft zu unterstützen.

Die Treffen finden jeweils an einem Dienstag pro Monat um 18.30 Uhr im Mehrgenerationenhaus in Kyritz statt.

Den Kontakt können Sie per E-Mail: bunteskleeblatt@gmx.de herstellen.



Neues aus den Kommunen

Neuruppin. Nach dem die Fraktion in ihrer letzten Sitzung zu Gast bei den Stadtwerken war, hatte sie sich diesmal dafür entschieden, die Fraktionssitzung im Verwaltungsgebäude der Neuruppiner Wohnungsbaugesellschaft abzuhalten. An der Sitzung nahm auch deren Geschäftsführer Robert Liefke teil. In seinem Vortrag wurde den Mitgliedern der Linksfraktion die momentane Situation der NWG erläutert, die mit über 3700 Wohnungen über ein Drittel des Neuruppiner Wohnungsmarktes verwaltet. Liefke berichtete, dass die Miete in der Stadt unter dem Landesschnitt läge. Auch der Sanierungsstand und zukünftige Projekte wurden erörtert. Ganz besonderen Augenmerk legte die Fraktion auf den sozialen Aspekt. So dürften Sanierungen niemanden zwingen, die Wohnung wechseln zu müssen oder gar aus Neuruppin wegzuziehen.

Die Fraktion besprach weiterhin einen Antrag, der die Stadt beauftragt, zu prüfen, inwieweit sie erweiterte Bundesförderprogramme für ökologische Projekte abrufen kann. Gerade der Radwegeausbau könnte von der gestiegenen Fördersumme profitieren. Auch die künftigen öffentlichen Sitzungen der Fraktion sollen in den Ortsteilen und Unternehmen der Fontanestadt stattfinden. Bürgernähe solle schließlich gelebte Praxis sein. **Paul Schmudlach, Fraktionsvorsitzender**

Wusterhausen. Eine Schulung mit dem Namen »Ausbildung zum ehrenamtlichen Gesundheitsbuddy. Wir bringen Bewegung in die Wohnung.« wird mit Unterstützung des Ortsbeirates vorbereitet. Am 14.09.2020 gab es dazu im »Alten Laden«, Am Markt 3 in Wusterhausen/Dosse einen Vortrag zum Thema: »Wie viel Vergesslichkeit im Alter ist normal?«. Das kann der Einstieg für ein Ausbildungsprogramm für Ehrenamtliche sein. Dieser Kurs wird in Zusammenarbeit mit dem Potsdamer Verein »Selbstbewusst altern in Europa e.V.« durchgeführt und ist Teil eines Projektes, das vom Europäischen Sozialfonds und dem Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg gefördert wird. Dieses Ausbildungsangebot ist kostenlos. Der Kurs läuft über zehn Wochen mit je fünf Stunden. Unterrichtsmaterialien werden zur Verfügung gestellt. Es gibt keine Prüfungen, aber eine Urkunde über die Teilnahme.

Themen sind unter anderem:

Altern gestern – heute – in den nächsten Jahrzehnten; Gelingene Kommunikation mit älteren Menschen; Bewegung im Alltag: Es ist selten zu früh und nie zu spät; Grundkenntnisse im Einsatz von Kleinsportgeräten; Gleichgewichtsstörungen: Ursachen und Folgen; Richtig atmen; Pflegeversicherung; Rechtliche Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Gesundheitsbuddy

Wer sich für dieses Angebot interessiert, kann sich unter ortsbeirat@wusterhausen.de bzw. 03397914305 melden.

Petra Buschke, Ortsvorsteherin

Die garantierte Freiheit, Tarifverhandlungen zu führen, wäre ohne das Recht auf Streik nichts anderes als kollektives Betteln.

**Ines Nowack über
das Streikrecht.**



Thomas Trüten, Metallarbeiter in einem Esslinger Großbetrieb und IG Metall Vertrauensmann führt aus: *"Die Bundesrepublik Deutschland hat weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht. Das Streikrecht in Deutschland ist lediglich Richterrecht. Im Grundgesetz (GG) findet sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 kein konkreter Hinweis. Daraus ist keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht vorhanden ist oder irgendeiner Einschränkung unterliegt. In sieben Bundesländern ist das Streikrecht in den Landesverfassungen verankert. In den allermeisten Staaten ist das Recht auf Streik durch die Verfassungen und/oder durch Gesetze garantiert und geregelt. In einigen Ländern haben Gewerkschaften dieses Recht durch Tarifverträge zusätzlich abgesichert und zum Teil noch über den Verfassungs- und/oder Gesetzesstatus hinaus verbessert."*

Artikel 9 – Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Der internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) hat in seiner 7. Ausgabe des globalen Rechtsindex die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte in 144 Ländern bewertet. Dabei stellten sie fest, dass 85% dieser Länder das Streikrecht und 80 % das Tarifverhandlungs-

recht verletzen: in 61 Ländern wurden Beschäftigte willkürlich verhaftet, in 56 Ländern die Redefreiheit verweigert oder eingeschränkt. Der neue Trend sei es, führende Gewerkschaftsvertreter*innen staatlich zu überwachen, um Druck auszuüben.

Die gute Nachricht ist aber auch, dass das Bundesverfassungsgericht mit 2 Beschlüssen, die Anfang August 2020 veröffentlicht wurden, das Streikrecht gestärkt hat. Es wies darauf hin, dass mit der Tarifautonomie insbesondere auch der Abschluss von Tarifverträgen und Arbeitskampfmaßnahmen, einschließlich des Streiks verbunden seien.

Das Grundgesetz gestaltet das Streikrecht als ein Freiheitsrecht aus, das durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip begrenzt wird. Aber dabei geht es ja nicht um den Inhalt oder den Kontext der Forderung. Ich glaube, die Arbeitgeber wollen hier auch gar keine rechtliche Frage aufwerfen. Streik wird gesellschaftlich als Ungehorsam wahrgenommen. Der ist zwar rechtlich zugelassen, aber es braucht trotzdem Mut, zu streiken. Den bricht man durch moralische Abwertung. Bei Tarifaueinsetzungen geht es deshalb immer darum, gesellschaftlichen Rückhalt für seine jeweilige Position zu haben. Gelingt es der Arbeitgeberseite im Diskurs, eine Gewerkschaftsforderung als überzogen und unpassend darzustellen, kann das die Streikbereitschaft und damit die Verhandlungsposition schwächen.

Systemrelevant heißt unverzichtbar

Die aktuelle Krise zeigt Missstände auf, die schon lange bekannt sind. Es geht um die Beschäftigten in den s.g. systemrelevanten Berufen. Sie halten die Gesellschaft am Laufen, ohne sie geht es nicht. Bundesweit wurde für Menschen Beifall geklatscht, die an ihre Grenzen gehen, um eine Art Alltag für alle aufrecht

zu erhalten. Demzufolge steht ihnen eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen zu. Doch die Realität sieht anders aus: das Label systemrelevant bedeutet oft: niedrige Löhne, wenig Anerkennung und eine dünne Personaldecke, schwierige Arbeitsbedingungen unter denen übermenschliche Leistungen erwartet werden. Und sie sind von Altersarmut bedroht.

Die für die Gesellschaft und Wirtschaft unverzichtbaren Berufe sind für junge Beschäftigte unattraktiv. Die Folgen sind Nachwuchsprobleme. Strukturelle Überbrückungsmaßnahmen wie Einmalsonderzahlungen sind ungeeignet diese Probleme zu lösen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die niedrig bezahlten Berufe aus dem Bereich Daseinsvorsorge war im Frühjahr sehr hoch. Diese zu einem nachhaltigen Sinneswandel und Wertschätzung zu überführen scheint wohl noch eine langwierige Aufgabe. Diese Aufgabe betrifft sowohl Politik, Gewerkschaften, als auch Arbeitgeber.

DIE LINKE unterstützt die Tarifforderung der Gewerkschaft ver.di für den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst: 4,8 Prozent mehr Gehalt, 150 Euro und Ost-West-Angleichung. Ihr alle könnt mit unterstützen und den Aufruf der Kommunalpolitiker*innen der LINKEN unterzeichnen auf: www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/tarifrunde-oeffentlicherdienst-2020/

Ines Nowack
Stellv. Kreisvorsitzende

Aufgelesen

Maßnahmen gegen Demokratie

Waffen in Spannungsgebiete ist wie Waffeln vergiftet exportieren
Regierungsgier nach Macht am Parlament vorbei ist wie Gammelfleisch in Umlauf bringen ohne Lebensmittelkontrolle

Jürgen Riedel

75 Jahre Demokratische Bodenreform – »Junkerland in Bauernhand«

In Zusammenarbeit mit dem Regionalvorstand DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen organisiert, war die Abendveranstaltung des Kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e. V. (KF) am 01. September im Kyritzer »Blum's Hotel & Restaurant am Markt« mit knapp 30 Teilnehmer*innen und guten inhaltlichen Beiträgen und Diskussionen ein guter Erfolg. Kirsten Tackmann, Anette Bock und Kathrin Chod möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank für die Organisation aussprechen.

Seltsam bleibt trotzdem die Erfahrung, dass solche Formate – wie auch die KF-Wochenendveranstaltung im August in Flecken-Zechlin – durch die regionalen Akteure der Gremien und Vertretungen nur sehr zögerlich und in geringer Zahl wahrgenommen werden, obwohl gerade durch sie immer wieder die Forderung nach mehr Angeboten in den Raum gestellt wird. Das KF steht hier sozusagen »Gewehr bei Fuß«, aber ohne die Unterstützung und Teilnahme von Kommunalpolitiker*innen wird es immer nur mit einem Kraftakt zum Erfolg.

Der freie Journalist Matthias Krauß und Prof. Jürgen Angelow haben der Bodenreform-Veranstaltung eine sehr gute inhaltlich fundierte Grundlage gegeben. Auch der DEFA-Dokumentarfilm »Junkerland in Bauernhand« aus dem Jahr 1947 animierte eine kurzweilige und teilweise kontroverse Diskussion. Das Kommunalpolitische Forum hat sich nach den überaus positiven Reaktionen entschlossen, den Vortrag von Professor Angelow in einer Broschüre zu publizieren. Das Vorwort von Dr. Kirsten Tackmann finden sie nebenstehend.

Holger Kippenhahn

Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e. V.

Homepage: <http://www.kf-land-brandenburg.de/>
E-Mail für Anfragen, Veranstaltungen und Infos:
kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

Wem gehört das Land?

Diese Frage spitzt sich aktuell angesichts der wachsenden Zahl landwirtschaftsfremder Investoren gerade in Ostdeutschland zu.

Diese Entwicklung, getrieben durch nach der Finanzkrise vagabundierendes Kapital und nicht geschlossener Gesetzeslücken, ist quasi eine »Bodenreform von oben«. Mit schwerwiegenden Folgen, denn die Teilhabe am öffentlichen Gut Boden gehört nicht nur zu den Existenzgrundlagen nachhaltig wirtschaftender, ortsansässiger Agrarbetriebe. Sie sichert auch die Ernährungssouveränität und lebendige, demokratisch verfasste ländliche Räume.

Die Bedrohung durch Landnahme ist aus dem globalen Süden auch als »Landgrabbing« bekannt, findet aber unterdessen auch direkt vor unserer Haustür statt. Ergebnis ist der Versuch einer Restitution der ostelbischen Agrarstruktur von Junkern und Großgrundbesitzern, die eng mit dem Naziregime verflochten war.

Wenige Monate nach dem Ende der Nazidiktatur wurde sie mit der Ausrufung der demokratischen Bodenreform am 2. September 1945 in Kyritz korrigiert. Bei allen Irrungen und Wirrungen bis hin zu Unrecht oder Denunzierungen bei ihrer Umsetzung bleibt ihr wichtiges Ergebnis, Landlosen und Geflüchteten eines verheerenden Krieges eine neue Chance zu geben und eine breite Streuung des Bodeneigentums erreicht zu haben, die auch in der Bundesrepublik ein breiter politischer Konsens ist.

Die Antwort auf die Frage »Wem gehört das Land« hat im Laufe der Menschheitsgeschichte sehr viele Wandlungen und Brüche erfahren und war immer sehr eng verknüpft mit der Machtfrage. Professor Jürgen Angelow gelingt es mit seinem Vortrag meisterhaft und gut verständlich, die geschichtlichen und historischen Hintergründe der vergangenen Jahrhunderte genauso zu beleuchten, wie die politischen Ursachen und Folgen der – nicht immer friedlichen – Auseinandersetzungen um die endliche Ressource Boden. Das mahnt ausdrücklich zur politischen Verantwortung für eine breite Teilhabe, denn Bodenreformen sind vor allem eines: die Korrektur von gesellschafts- und agrarpolitischen Fehlern der Vergangenheit.

Kyritz, 1. September 2020

Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Kurzmeldungen

Sondierungsteam im Dialog mit zwei Bewerbern

Ja, DIE LINKE hat seit dem Rückzug von Gerd Klier keinen eigenen Kandidaten für die Neuruppiner Bürgermeisterwahl am 08. November. Das hindert sie aber nicht, Gespräche mit anderen Bewerbern zu führen, um zu schauen, ob es thematische Schnittmengen gibt. Am 08. Oktober trafen sich Cornelia Böhme, Ronny Kretschmer, Justin König sowie Paul Schudlach zunächst mit Jens-Peter Golde (Pro Ruppin), ehe anschließend der SPD-Herausforderer Nico Ruhle den Weg in die LINKEN-Kreisgeschäftsstelle fand. Nun werde dem Neuruppiner Stadtvorstand ein potenzielles Verfahren vorgeschlagen, wie die Partei mit der weiteren Wahlauseinandersetzung umgehen könnte.

Sie stellen sich der Kulturarbeit

Der Verein Kulti Kyritz e.V. wählte bei seiner Mitgliederversammlung am 25. September einen neuen Vorstand. Die bisherige Vorsitzende Marina Reiche aus Kyritz wird auch weiterhin diese Funktion ausüben. Neu im vierköpfigen Vorstand ist der Metzelthiner Kreistagsabgeordnete Justin König (DIE LINKE). Er steht Reiche künftig als stellvertretender Vorsitzender zur Seite. Der Kulti Kyritz e.V. wurde 2004 gegründet und kümmert sich seither um das kulturelle Angebot im Kyritzer Kulturhaus, Perleberger Straße 8.

DIE LINKE ist innerhalb Wittstocks umgezogen

Fortan ist das Bürgerbüro der Partei DIE LINKE sowie das Büro der Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Tackmann in der Burgstraße 27 zu finden. Der Umzug in die neuen Räumlichkeiten erfolgte bereits Anfang Oktober. Aufgrund der Corona-Pandemie werde allerdings auf eine Einweihungsfeier verzichtet. Diese wolle man jedoch im nächsten Jahr nachholen. Alle neuen Kontaktmöglichkeiten sowie Öffnungszeiten finden Sie auf Seite 8.



Unsere Kontodaten für Spenden, Einzahlungen und Beiträge

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck: Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an.
Die Daten behandeln wir vertraulich.

Welch' ein schöner Samstagnachmittag!



Die Partei DIE LINKE veranstaltete am Nachmittag des 12. Septembers auf dem Gelände der Neuruppiner Krümelkiste (Mehrgenerationenhaus im Wohnkomplex III) ein Kinder- und Familienfest. Neben der angereisten Bundes- und Landesprominenz erfreuten sich 200 Besucher an schöner Musik, herzhaftem Essen und gutgelaunten Gesprächen. Volksnah, engagiert und einsichtig. Mit diesen drei Worten lässt sich das Wirken der Linkspartei im Neuruppiner Neubaukiez gut beschreiben. Seit dem Coronavirus und den resultierenden Folgen wie Kurzarbeit, Homeschooling, Quarantäne oder der Kitaschließung verschärfte sich die Situation im privaten wie im beruflichen Bereich enorm.

Mit ihrem Kinder- und Familienfest hat DIE LINKE einen kleinen, aber gelungenen Beitrag leisten können, um die Stimmung innerhalb der Bevölkerung anzuheben. Insbesondere die Kinder tobten auf der Hüpfburg, dem Spielmobil oder lauschten einem Theaterstück samt Tierzirkus. Und auch die Genossen hatten allesamt zu tun! Sei es Cornelia Böhme, die Kaffee und Kuchen verkaufte, Ronny Kretschmer, der die eine oder andere Bratwurst anbrennen ließ oder Paul Schmudlach, der sich an der kostenfreien Ausgabe von Popcorn und Slusheis versuchte. Trotz der schwierigen organisatorischen Rahmenbedingungen wollen die Veranstalter, dass dieses Format im nächsten Jahr fortgeführt wird. **Justin König**

Termine (Aktualisierungen auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch 21.10.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstraße 13
Montag 09.11.20	Beratung der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Ostprignitz-Ruppin 18:30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstraße 13
Mittwoch 11.11.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstraße 13
Donnerstag 03.12.20	Sitzung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16:30 Uhr, Kulturhaus Kyritz, Perleberger Straße 8
Dienstag 08.12.20	Weihnachtsfeier DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18:30 Uhr, Bootshaus Wusterhausen, An der Seemühle 3

Buchtipps

Das Gift der UNGLEICHHEIT
Dierk Hirschel
Inkl. Kapitel zur Corona-Krise
Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können

Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der extremen Ungleichheit zu werden. Nicht nur zwischen Nord und Süd. Die Klassengesellschaft kehrt zurück – auch in Deutschland. Die soziale Spaltung gefährdet unsere Demokratie. Der Raubbau an der Natur zerstört die Zukunft unserer Kinder. Klimawandel, Armut und Kriege zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Verantwortlich dafür ist ein entfesselter, sozial und ökologisch blinder Kapitalismus. Dierk Hirschel entwirft in seinem Buch die Grundlinien einer fortschrittlichen Politik für das 21. Jahrhundert.

Bildrechte: (1) Paul Schmudlach (2) Justin König (3) Wikimedia Commons (4) Paul Schmudlach (5) Logo des Aktionsbündnisses "Buntes Kleeblatt" (6) Ines Nowack (7) AdobeStock 200392528 (8) DIE LINKE (9) Justin König (10) Dietz Verlag

DIE LINKE.

Volksnah, engagiert und einsichtig

Kontakte

DR. KIRSTEN TACKMANN, Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308
Funk: 0173 3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**
Tel.: 03391 2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**
Tel: 03394 4007504
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

RONNY KRETSCHMER, Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**
Tel: 03391 5123477
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
Tel: 03391 655420
Fax: 03391 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz
Tel: 033971 72086
Fax: 033971 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Burgstraße 27, 16909 Wittstock
Tel: 03394 4002971
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Di. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Achim Behringer, Christa Horstmann, Hans-Joachim Müller, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zusschriften vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.11.2020
Erscheinungsdatum: 11.12.2020